

Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie (WRRL-FB) für die Maßnahmen der 2. Änderung des Wege- und Gewässerplanes Vehlefanzen

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Rechtliche Grundlagen.....	2
3. Prüfung auf die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie.....	3
4. Zusammenfassung / Fazit.....	3
5. Quellen.....	4

1. Einleitung

Im Verfahrensgebiet liegen die gem. Wasserrahmenrichtlinie berichtspflichtigen Gewässer Koppelgraben, Südlicher Randgraben, Hörstegraben, Koppehofer Feldgraben und Elsgraben.

Zudem liegt das Verfahrensgebiet im Bereich der Grundwasserkörper „Rhin“, „Oberhavel“ und kleinflächig „Untere Havel 4“

Für die Flußgebietseinheit Elbe liegt mit Stand vom Dezember 2021 ein Bewirtschaftungsplan und ein Maßnahmenprogramm für den Zeitraum 2021 bis 2027 vor. Mit Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg vom 22. Dezember 2021 wurden die Planungen für behördenverbindlich erklärt. Im folgenden werden alle Maßnahmen der 2. Änderung des Wege- und Gewässerplanes Vehlefan betrachtet.

Ziel ist es darzustellen, ob mit den beabsichtigten Maßnahmen die Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie beeinträchtigt werden können, oder ob diese gefördert werden.

Grundsätzliches Ziel der Wasserrahmenrichtlinie ist die Erhaltung und Verbesserung der aquatischen Umwelt, sowie der nachhaltige Schutz der natürlichen Ressource Wasser. Dieses Ziel gilt als erreicht, wenn der gute ökologische bzw. chemische Zustand bei Oberflächengewässern und der gute mengenmäßige und chemische Zustand beim Grundwasser erreicht ist.

2. Rechtliche Grundlagen

Der § 27 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) setzt die WRRL hinsichtlich

Oberflächengewässer in nationales Recht um und formuliert Bewirtschaftungsziele.

Entsprechend gilt nach § 27 WHG:

(1) Oberirdische Gewässer sind, soweit sie nicht nach § 28 als künstlich oder erheblich verändert eingestuft werden, so zu bewirtschaften, dass

1. eine Verschlechterung ihres ökologischen und ihres chemischen Zustands vermieden wird und
2. ein guter ökologischer und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden.

(2) Oberirdische Gewässer, die nach § 28 als künstlich oder erheblich verändert eingestuft werden, sind so zu bewirtschaften, dass

1. eine Verschlechterung ihres ökologischen Potenzials und ihres chemischen Zustands vermieden wird und
2. ein gutes ökologisches Potenzial und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden.

Kleinere Gewässer, die selbst nicht als eigener Wasserkörper (berichtspflichtiges Gewässer) ausgewiesen sind, werden einem Wasserkörper z.B. über das Einzugsgebiet zugeordnet und sind damit Teil dieses Wasserkörpers. Planungen an diesen kleineren Gewässern sind somit bzgl. ihrer Auswirkungen auf den Wasserkörper des berichtspflichtigen Gewässers zu prüfen.

(Vollzugshilfe des MLUL 2023 zur Prüfung der wasserrechtlichen Bewirtschaftungsziele in Zulassungsverfahren)

Das **Grundwasser** ist nach §47 Abs. 1 WHG so zu bewirtschaften, dass

1. eine Verschlechterung seines mengenmäßigen und seines chemischen Zustands vermieden wird,
2. alle signifikanten und anhaltenden Trends ansteigender Schadstoffkonzentrationen auf Grund der Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten umgekehrt werden,
3. ein guter mengenmäßiger und ein guter chemischer Zustand erhalten oder erreicht werden; zu einem guten mengenmäßigen Zustand gehört insbesondere ein Gleichgewicht zwischen Grundwasserentnahme und Grundwasserneubildung.

3. Prüfung auf die Vereinbarkeit der Maßnahmen mit den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie

Keine der neuen Wegebaumaßnahmen liegt im Bereich von Oberflächengewässern, so dass eine Beeinträchtigung des ökologischen oder chemischen Zustandes oder der Zielerreichung ausgeschlossen werden kann. Zudem kann eine mengenmäßige oder chem. Beeinträchtigung des Grundwasserkörpers ausgeschlossen werden, da das anfallende Niederschlagswasser ortsnahe versickert wird und bei Einhaltung der einschlägigen DIN-Normen für Baustelleneinrichtung und -ausführung und den gültigen Regeln der Technik nicht mit einer stofflichen Belastung zu rechnen ist.

Die wegfallende Maßnahme 107 inklusive Durchlass 701 quert zwar ein Oberflächengewässer, dieses ist jedoch nicht berichtspflichtig und durch den Wegfall der Maßnahme entsteht keine Beeinträchtigung.

4. Zusammenfassung / Fazit

Durch die Maßnahmen des Wege- und Gewässerplanes werden keine berichtspflichtigen Gewässer beeinträchtigt.

5. Quellen

Rechtsgrundlagen

FLURBEREINIGUNGSGESETZ IN DER FASSUNG der Bekanntmachung vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl. I S.2794) – FLURBG -

OGEWV – Oberflächengewässerverordnung vom 20. Juni 2016 (BGBl. I S. 1373), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873) geändert worden ist.

WHG – Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5) geändert worden ist.

WRRL – Richtlinie 2000/60/EG (Europäische Wasserrahmenrichtlinie) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich Wasserpolitik

Literaturquellen

FLUSSGEBIETSGEMEINSCHAFT (FGG) ELBE, 2021: Zweite Aktualisierung des Bewirtschaftungsplans nach § 83 WHG bzw. Artikel 13 der Richtlinie 2000/60/EG für den deutschen Teil der Flussgebietseinheit Elbe für den Zeitraum von 2022 bis 2027, Magdeburg

LANDESAMT FÜR UMWELT (LfU) 2025: Auskunftsplattform Wasser, www.apw.brandenburg.de; Stand 21.02.2025

MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND KLIMASCHUTZ (MLUK), 2023: Rechtliche Vollzugshilfe zur Prüfung der wasserrechtlichen Bewirtschaftungsziele in Zulassungsverfahren